

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1937

144 (9.12.1937)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-899487](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-899487)

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleichen wird etwa bewilligter Nachschuß hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. D. V. XI 37: 493. Druck und Verlag: L. Jitz, Elsfleth Hauptverteilung: Hans Jitz, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreiskarte, z. B. Preiskarte Nr. 4 gültig), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hans Jitz, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einspruchsrecht. Schlußsatz 17

Nr. 144

Elsfleth, Donnerstag, den 9. Dezember

1937

Die aufgehende Sonne über dem Purpur-Berg

Der siegreiche konzentrische Vormarsch der japanischen Armeen auf Nanjing war durch keinen Widerstand der chinesischen Truppen aufgehalten. Am Montag gelang es einer japanischen Abteilung, sich durch einen Handstreich in das Festland des sogenannten Purpurhügels zu setzen, der das Heiligtum des chinesischen Volkes, das Mausoleum des Nationalhelden Sunjatsen, enthält. Um dieses Heiligtum nicht zu zerstören, wurde der Handstreich ohne Artillerievorbereitung durchgeführt. Jetzt weht auf diesem chinesischen Nationaldenkmal die japanische Flagge mit der aufgehenden Sonne!

Für niemand in der Welt bestand nach der militärischen Entwicklung der letzten Tage noch der mindeste Zweifel darüber, daß die Hauptstadt der chinesischen Zentralregierung, Nanjing, in kürzester Frist von den japanischen Truppen eingenommen sein würde. Was vor Monaten, vielleicht gar vor Wochen noch niemand für möglich hielt, ist Tatsache geworden: Die chinesische Armee ist zusammengebrochen, Tschiangkai-schek, der oberste Befehlshaber der chinesischen Nationalarmee, ist mit den Mitgliedern der chinesischen Zentralregierung geflohen. Mit der Einnahme Nanjings durch die Japaner ist im Grunde der militärische Teil des japanisch-chinesischen Konfliktes beendet. Eine einheitliche chinesische Zentralgewalt auf militärischem wie auf verwaltungsmäßigem Gebiete besteht nicht mehr. Japan hat in etwa vier Monaten durch seine militärische Expedition gegen die Nanjing-Regierung den militärischen Widerstand und damit die politische Abwehr Chinas zerbrochen. Diese Tatsache schafft eine völlig neue Lage im Fernen Osten und bedeutet eine vollständige Verlagerung der politischen und sicherlich sehr bald auch der wirtschaftlichen Machtverteilung in dem chinesischen Reichsraum.

Der Verlauf der japanisch-chinesischen Auseinandersetzungen hat drei Gesichtspunkte stark unterstrichen, die für die Weiterentwicklung der fernöstlichen Probleme von ausschlaggebender Bedeutung sein werden: 1. Der japanische Einfluß in China wird mit dem Fortschreiten der Autonomisierung der einzelnen Provinzen mehr und mehr zugunsten der japanischen Wirtschaftsinteressen zurückgedrängt werden. 2. Die Hoffnungen, die China sowohl wie ein Teil der europäischen Weltmächte auf Sowjetrußland gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt, und 3. die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Mächte in China werden in Zukunft nur in Übereinstimmung mit den japanischen Interessen ihre Berücksichtigung finden können. Man könnte als vierten Punkt noch die Tatsache anführen, daß der Völkerverbund sich auch in diesem Falle als unfähig und machtlos erwiesen hat, und daß auch der von den interessierten Mächten unternommene Versuch einer Neutralisierung dieses Konfliktes zugunsten der interessierten Mächte an dem zielbewussten Vorgehen der Japaner gescheitert ist.

Es ist begreiflich, daß in den verschiedensten Hauptstädten Europas und anderwärts der japanische Erfolg große Sorge auslöst. Diese Sorge wird auch nicht geringer angesichts der politischen Vorbereitungen, die in Tokio mit dem Fall Nanjings zur Ausweitung dieses japanischen Sieges getroffen worden sind. Denn darüber ist man sich allgemein klar, daß Japan diese militärische Expedition gegen China nicht unternommen hat aus Freude am Krieg, sondern aus einer politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus, die sich sowohl aus außenpolitischen als auch aus innenpolitischen Gründen der nationalen und weltpolitischen Zukunft Japans zwangsläufig ergeben hat. Es liegt hier für Japan eine ähnliche Lage vor, wie sie sich für Italien vor dem Weltkrieg zeigte: Die sogenannten alten Völker glauben, die Verteilung der Erde nach ihrem einseitigen kolonialpolitischen System für alle Zeiten aufrechtzuerhalten zu dürfen ohne Rücksicht darauf, daß jüngere Völker Nationen und Volksteile beherrschend verlangen müssen. Der französische Außenminister Delbos hat gerade jetzt in Warschau erklärt, daß er sich gewöhnen gehen habe, die Kolonialwünsche Polens als gerechtfertigt anzuerkennen. Wir haben vorher als Ergebnis der französisch-englischen Aussprache in London vernommen, daß man sich dort auch über die deutschen Kolonialforderungen in einem ähnlichen Sinne unterhalten hatte. Es wäre im Interesse der Verständigung der Völker und des Friedens wertvoller, wenn die mit Kolonialland überfrachteten Völker sich rechtzeitig für eine gerechte Neuverteilung der urcherschlössenen Gebiete in der Welt einigsetzten hätten. Es hätte nicht zu einem japanisch-chinesischen Konflikt kommen brauchen, wenn man in allen beteiligten Ländern Verständnis gezeigt hätte für das Lebensrecht und für die Lebensnotwendigkeiten des japanischen Volkes.

Die aufgehende Sonne über dem Purpurhügel vor Nanjing ist Symbolhaft für die veränderten politischen Verhältnisse im Fernen Osten. Sie kündigt das Abbrechen einer neuen Zeit, der weder papierne Protokolle noch politische Bündnisse sich auf die Dauer entgegenstellen können. Wo die Vernunft nicht die Staatsmänner leitet, müssen die Völker die Fäden bezahlen. Der militärische Erfolg der Japaner in China deutet an, daß sie auch die

friedliche Neugestaltung in China in jene Wege leiten werden, die sie im Interesse der Zukunft Japans und nicht zuletzt im Interesse des Friedens der Menschheit für notwendig halten. Ein China unter japanischer Führung ist das sicherste Bollwerk gegen ein Vordringen des Bolschewismus gen Osten.

Eiserner Ring um Nanjing

Tschiangkai-schek hat die Hauptstadt verlassen.

Wie das kaiserlich japanische Hauptquartier meldet, haben die japanischen Streitkräfte vor Nanjing am Dienstag folgende Kampferfolge erringt: Im Nordosten den Ort Tschiangschan (18 Kilometer vor Nanjing), im Süden Tschinglung (8 Kilometer) und im Südwesten Tschangshu (15 Kilometer). — Weiter wird bestätigt, daß die japanischen Truppen am Montagabend den Purpurberg mit dem Grabmal Sunjatsens besetzt haben.

Der Befehlshaber der Nanjing Garnison, General Tschangscheng, machte den wenigen noch in der Stadt zurückgebliebenen Anwohnern Mitteilung vom Herannahen der japanischen Truppen und bat sie, die Stadt zu verlassen.

Das englische Reutersbüro bestätigt, daß Marschall Tschiangkai-schek Nanjing verlassen habe. Man glaube, daß er sich nach Kantschang begeben habe.

Ministerpräsident Fürst Konoe, Außenminister Hirota, Kriegsminister Sugihara und Marineminister Honda traten zu einer Besprechung zusammen, um über die Maßnahmen für den Fall einer Einnahme Nanjings zu beraten. Nach der Konferenz berichtigte der Außenminister dem Kaiser. Wie „Domei“ mitteilt, erwartet man für den Fall der Einnahme der chinesischen Hauptstadt, daß die japanische Regierung in einer feierlichen Erklärung der chinesischen Regierung die Anerkennung erteilen werde.

Römische Friedensstundgebung

Bertiefung der italienisch-jugoslawischen Freundschaft.

Der gegenwärtige Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch in Rom wird in allen europäischen Hauptstädten als ein politisches Ereignis ersten Ranges bezeichnet. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt man in Paris den Verlauf und das Echo des Besuchs. Die Zeitungen ergehen sich zunächst noch in weitläufigen Vermutungen über die verschiedenen Punkte der jugoslawisch-italienischen Verhandlungen. Der „Jour“ will wissen, daß Jugoslawien im Begriff stehe, Handelsabkommen nach Nationalitäten zu schließen und vielleicht sogar die Franco-Regierung vollständig anzuerkennen. Jugoslawien verfolge auch mit Sympathie die Aktion der Achse Berlin-Rom-Tokio gegen die Komintern. Es wolle sich jedoch nicht in fester Form dieser Achse anschließen. Rom veruche eine engere Zusammenarbeit zwischen Belgrad und Wien und Budapest zu schaffen, ebenso wie Rom schon die bulgarisch-südslawische Annäherung begünstigt habe.

Die italienische Presse stellt fest, daß Jugoslawien und Italien nichts trenne. Nach der „Tribuna“ stellen die gegenwärtigen Verhandlungen die direkte Fortsetzung der Belgrader März-Vereinbarung dar. Die ausgedehnten Beziehungen zwischen Berlin und Belgrad würden in Rom mit größter Genugtuung verzeichnet, da sie einen weiteren Grund zu einer Zusammenarbeit auf breiterer Grundlage darstellen. „Popolo di Roma“ weist auf den starken Widerhall in Jugoslawien hin. Im ganzen Lande werde der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit Italien immer größere Bedeutung beigemessen. Diese weitverbreitete Ueberzeugung stehe in einem gewissen Gegensatz zu der großen Gleichgültigkeit gegenüber der Reise des französischen Außenministers nach Ost- und Südosteuropa. Mit Genugtuung wird auch eine besondere Geste des Duce aufgenommen: Mussolini hat die Freilassung der letzten politischen Gefangenen aus den nordöstlichen Gebieten Italiens anläßlich des jugoslawischen Staatsbesuches angeordnet.

Am Montagabend fand zu Ehren Stojadinowitschs im Palazzo Venezia ein Essen statt, bei dem Trinkprüche politischen Charakters gewechselt wurden. Mussolini unterstrich die Bedeutung des Abkommens vom vergangenen März und sagte, die Freundschaft zwischen Italien und Jugoslawien, die sich aus ihrer geographischen Lage und dem Vorhandensein vielfältiger gemeinsamer Interessen ergebe, sei klar und offen. Sie könne und solle für niemand Schattens hervorrufen, denn sie habe ein hohes Friedensziel im Auge.

Im Rahmen dieser Freundschaft könne jedes allgemeine oder besondere Problem im Geiste der herzlichsten Zusammenarbeit von zwei Nachbarstaaten geprüft werden, die dabei von der größten Achtung für die Rechte Anderer geleitet seien. Er könne es laut erklären, daß der italienisch-jugoslawische Pakt einer der solidesten Beiträge bilde, die in der jüngsten Vergangenheit zu dem Zweck einer besonderen Befestigung des Friedens geschlossen wurden.

Ministerpräsident Stojadinowitsch stellte mit Genugtuung fest, daß die Zusammenkunft ganz der Politik entspreche, deren Grundlagen von dem Duce und dem verstorbenen Nikolaus Pasitsch seinerzeit in Rom gelegt worden seien. Im Augenblicke der Unterzeichnung des Abkommens vom März hätten Graf Ciano und er schließen können, daß alle notwendigen Voraussetzungen für eine freundschaftliche und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Italien und Jugoslawien vorhanden seien. Diese Zusammenarbeit bilde einen tatsächlichen Beitrag für die Festigung des europäischen Friedens.

Loyale Zusammenarbeit

Das Ergebnis des Delbos-Besuches in Warschau.

Nach dem Abschluß des Warschauer Besuchs des französischen Außenministers Delbos wurde in Krakau eine amtliche Mitteilung herausgegeben, die besagt, daß im Verlauf der Unterredungen, die Delbos mit allen Leitern der polnischen Politik hatte, im Geiste loyaler Zusammenarbeit alle Probleme durchgesprochen worden seien, die die französisch-polnischen Beziehungen und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa betreffen.

Es sei erneut festgelegt worden, daß die seit 1921 bestehende Allianz zwischen Polen und Frankreich ein wesentliches und dauerndes Element der Politik der beiden Länder darstelle, die beide in gleicher Weise daran schickten im Interesse der friedlichen Entwicklung und der friedlichen Beziehungen zwischen allen Völkern. Weiter wird hervorgehoben, daß die Zusammenarbeit vertrauensvoll fortgesetzt werden solle, die dem Interesse und Bestreben der beiden Nationen entspreche und darüber hinaus eine allgemeine Befriedung und eine internationale Zusammenarbeit erstrebe.

Der den französischen Außenminister begleitende Sonderberichterstatter der französischen Havas-Agentur bestätigt, daß im Laufe der Besprechungen zwischen Delbos und Beck auch die polnische Kolonialfrage angeschnitten worden sei.

Die politischen Forderungen fügten sich auf zwei Punkte: 1. Polen, das sich in voller Arbeit und in nationaler Anzucht befinde, brauche Rohstoffe, und zweitens sei ein Absatzmarkt für die immer zunehmende Bevölkerung notwendig. Außenminister Beck habe seinem französischen Kollegen erklärt, daß Polen keine territorialen Ansprüche habe, es fordere deshalb auch keinen neuen Besitz in voller Souveränität. Außerdem werde es die genauen Forderungen erst aufstellen, wenn die Frage einer Neuverteilung der Kolonien greifbare Formen angenommen habe. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wünsche Polen an internationalen Gesellschaften beizutreten zu werden, deren Schaffung für die Ausbarmachung gewisser Kolonialgebiete ins Auge gefaßt sei. Polen wolle weiter bei der Auswanderung in gewisse außereuropäische Länder berücksichtigt werden. Der französische Außenminister habe sich gezwungen gesehen, diese polnischen Wünsche als berechtigt anzuerkennen.

Stalins neuestes Opfer

Der Chef der sowjetrussischen Luftwaffe verhaftet.

Der Moskauer Korrespondent des „London Daily Telegraph“ berichtet über weit verbreitete Gerüchte, denen zufolge der Chef der sowjetrussischen Luftwaffe und Vizeminister für Verteidigung, General Muffins, verhaftet worden sein soll.

Muffins gehörte dem militärischen Sondergerichtshof an, der seinerzeit das Todesurteil gegen Marschall Tuchatschewski und sieben andere führende Generäle fällte; er war auch Kandidat für die am nächsten Sonntag stattfindenden Wahlen in der Sowjetunion.

Dr. Goebbels über aktuelle Probleme

Die Leiter und Pressereferenten der Reichspropagandaämter versammelten sich in den Räumen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu ihrer monatlichen Tagung, bei der in einer Reihe von Referaten wichtige politische Fragen erörtert und zur Aussprache gestellt wurden.

Im Mittelpunkt der Tagung, an der auch die Präsidenten der Einzelkammern der Reichstulurkammer und Abteilungsleiter des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda teilnahmen, stand eine Rede von Reichsminister Dr. Goebbels, der zu Beginn seiner Ausführungen mit herzlichen, kameradschaftlichen Worten vor diesem Kreise des Auschuldens von Reichswirtschaftsminister Funt als Staatssekretär des Propagandaministeriums gedachte. Dann behandelte Dr. Goebbels in längeren Ausführungen die großen aktuellen Probleme der Staats- und Volksführung auf innen- und außenpolitischem Gebiet.

Zum Abschluß der Tagung sprach Reichswirtschaftsminister Funt seinen allen bisherigen Mitarbeitern seinen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in seinem bisherigen Amtsbereich aus.

Rückerstattung der Kolonien!

Reichsstatthalter von Epp im Berliner Sportpalast.
Im Berliner Sportpalast fand in Anwesenheit des Reichsverkehrsministers Dr. Dormmüller eine Massenversammlung des Gauverbandes Berlin im Reichskolonialbund statt, auf der der Bundesführer, Reichsstatthalter General Ritter von Epp, noch einmal die Forderungen des nationalsozialistischen Deutschlands für sein koloniales Recht umriss. Der Sportpalast war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der Bundesführer des Reichskolonialbundes, Reichsstatthalter General Ritter von Epp, ging davon aus, daß der Führer zu verschiedenen Malen in seinen Reden den Mächten eindeutig zur Kenntnis gebracht habe, daß Deutschland nicht auf die Lösung seiner kolonialen Forderungen verzichten kann. Immer wieder betonte der Bundesführer, daß Deutschland keinerlei Absichten auf das koloniale Eigentum anderer Staaten hat und daß derartige verlogenheitsvolle Behauptungen in gewissen ausländischen Meldungen lediglich der Brunnenvergiftung und nicht dem Frieden dienen. Deutschland will, so sagte Ritter von Epp, nach den Worten des Führers die endgültige Liquidation eines zeitweilig entfallenden politischen Status zur Beseitigung der durch diesen sehr wesentlich hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten für unser Volk. General Ritter von Epp sagte die Forderung in drei grundsätzliche Richtlinien zusammen:

1. Deutschlands Wirtschaftslage ist von seiner Kolonialfrage nicht zu trennen. Eine Scheidung der Wirtschaft, Kolonialfrage, Kolonialfrage oder eine sonstige Problemlösung ist nach der geschichtlichen Entwicklung, die im allgemeinen und nach Verfall des im besonderen die wirtschaftliche Lage der Gegenwart bestimmt, unmöglich.
2. Deutschlands schwerer Kampf um Lebensmittel und industrielle Rohstoffe ist zu einem fast großen Teil durch die Wegnahme seiner Kolonien bedingt.
3. Das deutsche Volk, das seit der Wegnahme der Kolonien durch die Manipulationen von Versailles gegen diese Wegnahme seines Lebensraumes protestiert hat, ist im Laufe der Entwicklung der letzten zwanzig Jahre, besonders aber seit der Machübernahme durch den Nationalsozialismus, zu der Überzeugung gekommen, daß es weder in dem Besitz seiner kolonialen Eigentums gelangen muß. Diese Überzeugung ist heute Gemeingut des deutschen Volkes.

Zum Schluß kam Ritter von Epp unter drausendem Beifall zu der Feststellung: Die Grundlagen für den Zwang zum Verzicht auf koloniales Eigentum sind weggefallen, und damit fehlt jede rechtliche Begründung für ein Weiterbestehen der Mandate.

Abschließend sprach der stellvertretende Gauleiter, Staatsrat Göllner, der betonte, daß es ihm ein besonderer Wunsch sei, die Arbeit des Reichskolonialbundes anzuerkennen. In aller Stille und mit allem Einfühlungsvermögen für die große koloniale Idee habe der Gauverband Berlin 65.000 Mitglieder gewonnen. Heute sei es jedoch bereits so, daß der Gauverband Berlin, der in der Vergangenheit und jede deutsche Frau schließlich in dem Bund angegliedert, denn das ganze deutsche Volk sei sich in der Überzeugung einig, welche bittere Unrecht uns in der kolonialen Frage geschehen ist. Alle Deutschen seien von der Zukunft besetzt, daß auch das Kolonialproblem vom Führer gelöst werden wird.

Begnadigungsakt in Danzig

15 Kommunisten die Strafe erlassen.

Der Danziger Senat hat 15 ehemalige Kommunisten, die wegen politischer Vergehen Strafen von einem Jahr drei Monaten bis zu fünf Jahren Zuchthaus zu verbüßen hatten, in großzügiger Weise aus der Strafliste entlassen. Bei dem Entlassungsakt betonte Kriminaldirektor Gröszner, daß der Senat sich entschlossen habe, diese ehemaligen Kommunisten vorläufig bedingt zu begnadigen; sie müßten sich aber im Laufe der nächsten Zeit bewähren; auf der Basis der Volksgemeinschaft wird es ihnen ermöglicht werden, den Weg zum heutigen Volk zurückzufinden. Ab heute würde unter alles, was gewesen ist, ein dicker Strich gezogen, und man würde es auch erwidern, ihnen Arbeit zu beschaffen. Schließlich wies Kriminaldirektor Gröszner noch darauf hin, daß der Danziger Kommunistenführer Plekhanoff ins Ausland geflohen sei, ohne sich um seine Opfer zu kümmern.

Eine soziale Volksabstimmung

Das Dritte Reich entwickelt immer mehr neue und artige Formen, um Volkswillen und Volksstimmung festzustellen. Und so ist nun auch der Dr. Goebbels so prägnant formuliert hat, der Tag der nationalen Solidarität zu einer einzigartigen Volksabstimmung geworden. Die Tatsache, daß die Ergebnisse in allen Gauen ausnahmslos hoch über den Ergebnissen des Vorjahres lagen, beweist einmal, daß sich die wirtschaftliche Situation des deutschen Volkes ganz zweifellos erheblich gebessert haben muß, zum anderen aber, und das ist wichtiger, zeigt sich auch, daß der Gebeiville feineres kleiner, sondern größer geworden ist. Diese Tatsache kann mit Zug und Recht als eine soziale Volksabstimmung gewertet werden, denn in dieser Gebeiville drückt sich der freie und ungezwungene Wille des einzelnen wie der Gesamtheit aus. Diese Abstimmung bedeutet mehr, viel mehr als eine Abstimmung mit Stimmzetteln und Wahllisten. Und der große und freundliche Unterschied liegt noch darin, daß die Regierung nicht nur das Ergebnis des Vertrauens nach dieser sozialen Abstimmung für sich buchen darf, sondern daß darüber hinaus noch eine wirklich große Summe geopfert ist, die genügt, um denjenigen, die auch jetzt noch in Not sind, ein fröhliches Weihnachtsgeschenk zu geben. Wie anders ist diese Demokratie als die Wahlkampfe westlicher Staaten. Hier gibt es keine Verbeugung durch die Parteien, sondern nur ein freudiges Geben. Dankbar wird es sicherlich empfunden worden sein, daß in diesem Dankauftrag der Reichsminister Dr. Goebbels besonders den vielen namentlichen Sammlern und Helfern des WPK, und der WPK, die Anerkennung der Nation ausgedrückt hat. Hier wird die Arbeit geleistet, die nicht nur, wie es in dem Auftrug heißt, einen Nachruf ausruft, sondern diese selbst ist eben ständig im schwersten Dienst des deutschen Sozialismus. Der hinter uns liegende Tag der nationalen Solidarität hat eines der schönsten Ergebnisse gebracht, die gefordert werden konnten; er wird in die Zukunft wirken, weil er gleichzeitig auch den Männern der Führung das Vertrauen zu dieser Führung ausgedrückt hat.

Das Sammelergebnis in den einzelnen Gauen

Die Sammelergebnisse am Tag der nationalen Solidarität in den einzelnen Gauen Deutschlands, verglichen mit denen der Jahre 1934, 1935 und 1936, zeigen folgenden Stand:

Gau	1934	1935	1936	1937
Baden	148.000	140.929,95	204.295,16	339.616,49
Bayer. Ostmark	110.000	104.918,16	139.028,56	213.510,31
Berlin	300.000	324.324,66	454.258,25	633.285,16
Düsseldorf	104.000	119.633,33	179.375,50	205.377,27
Elben	46.000	50.195,04	71.811,80	109.601,26
Franken	50.000	83.172,19	149.745,75	218.496,63
Gau-Wehrburg (Hamburg*)	54.000	103.401,77	190.565,19	400.729,00
Hessen-Nassau	220.000	188.376,29	230.109,92	317.942,58
Stoblenz-Zrier	50.000	46.299,44	70.104,69	117.389,63
Rhein-Waden	102.000	116.506,06	139.782,18	150.332,67
Ruhrgebiet	77.000	66.951,42	92.379,19	108.381,18
Sachsen	130.000	163.307,66	181.816,19	232.524,18
Sachsen-Anhalt	165.000	188.699,73	194.395,36	218.305,34
Main-Franken	48.000	45.856,12	58.358,30	106.744,49
Meinburg-Lübbeck	90.000	121.401,68	167.915,64	194.468,16
Wachsen-Derobayern	123.000	159.330,09	264.317,36	357.002,51
Thüringen	136.000	198.231,07	298.433,83	308.500,09
Württemberg	134.000	89.378,86	109.066,35	129.208,00
Bayern	159.000	116.746,82	129.984,94	202.217,84
Saarpalz	61.000	90.865,40	99.021,63	173.924,32
Sachsen	284.000	293.486,97	388.724,60	547.984,28
Schlesien	232.000	191.836,02	248.512,52	311.614,90
Schleswig-Holstein	221.000	208.469,76	305.056,42	353.297,44
Schwaben	85.000	73.161,78	121.301,02	226.055,89
Südmark-Braunschw.	107.000	110.603,64	136.473,51	158.938,78
Thüringen	159.000	122.975,91	129.404,70	239.058,89
Wehrburg	76.000	106.010,30	136.969,35	193.056,90
Westfalen-Nord	127.000	113.474,79	135.422,30	197.395,14
Westfalen-Süd	99.000	102.728,32	117.064,87	138.441,69
Württemberg	200.000	189.713,73	321.644,66	388.599,73

*) Hamburg ist durch das Groß-Hamburg-Gesetz um drei Kreise größer geworden.

Zast 8 Millionen Sammelergebnis!

Durch die inzwischen bekanntgewordenen Nachmeldungen zur Sammlung am Tag der nationalen Solidarität im Reich hat sich deren Ergebnis ganz außerordentlich erhöht. Am Sonntag, dem 5. Dezember, war das vorläufige Ergebnis mit 7.655.476,49 Mark bekanntgegeben worden. Anzusehen wurden 308.626,27 Mark nachgemeldet.

der, so daß sich also ein entgegengesetztes Ergebnis im Reich von 7.964.102,76 Mark ergibt. Das sind 2.308.626,27 Mark oder 40,6 v. H. mehr als das Ergebnis des Tages der nationalen Solidarität 1936.

Auch das Ergebnis der Sammlung am Tag der nationalen Solidarität in der Reichshauptstadt Berlin hat sich nachträglich noch außerordentlich erhöht. Waren am Sonntag das vorläufige Ergebnis 633.285,16 Mark bekanntgegeben worden, so erhöht sich das endgültige Ergebnis durch die inzwischen nachgemeldeten 173.420,19 Mark auf insgesamt 806.705,35 Mark.

Der Führer bei Ludendorff

Der Führer stattete dem erkrankten General Ludendorff in München einen Besuch ab und sprach ihm seine und des Generalfeldmarshalls von Blomberg beste Genesungswünsche aus.

Die Besserung im Befinden des nach einer Operation an einem Nierenleiden erkrankten Generals Ludendorff macht auch weiterhin zufriedenstellende Fortschritte. Wenn auch das Allgemeinbefinden des Generals Ludendorff noch nicht frei von aller Gefahr ist, macht doch die Besserung solche Fortschritte, daß der behandelnde Arzt, Professor Kießenthal, davon absehen konnte, einen künstlich zweimaligen Krankheitsbericht herauszugeben. Er wird, wie er mitteilte, nur noch jeweils einmal am Tage, und zwar in den Abendstunden, einen ärztlichen Bericht herausgeben.

Im Dienst der Kinderbemittelten

Zinsentlastung für neu auszuführende Hauszinssteuerhypotheken.
Im Jahre 1936 war der Zinsfuß für Hypotheken aus Rückflüssen der Baubankleihen, die der Gebäubemittellosen Steuer entkommen (Hauszinssteuerhypotheken), auf 4 v. H. festgelegt worden, um eine Angleichung an die Zinssätze für die Reichsbanken bei den vom Reich gewährten Darlehen (monatlich Kleinleihen und Volkswohnungen) zu bezufließen. Nachdem der Zinsfuß der Reichsbanken für Kleinleihen und Volkswohnungen zu vor einiger Zeit von 4 v. H. auf 3 v. H. gesenkt worden ist, hat der Reichsarbeitsminister eine gleichartige Regelung für die Zinsentlastung der neu auszuführenden Hypotheken aus Rückflüssen der aus der Gebäubemittellosen Steuer entkommenen Hypotheken (Hauszinssteuerhypotheken) getroffen. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die Hypothekenausgeber ermächtigt, den Zinsfuß für Neubemittelungen von Hypotheken aus Rückflüssen der Hauszinssteuerhypotheken auf 3 v. H. festzusetzen. Die Tilgungssatz von 1 v. H. bleibt unverändert. Die Herabsetzung des Zinsfußes bezieht sich lediglich auf solche Hypotheken, die vom 1. November 1937 ab neu bewilligt werden.

Da die Hauszinssteuerhypotheken im wesentlichen zur Finanzierung der Finanzierung von solchen Wohnflächen dienen, die für die in der b e m i t t e l t e n Bevölkerungsschicht bestimmt sind, ist damit erreicht worden, daß nunmehr ähnliche Darlehen der öffentlichen Hand, die für den Arbeiterwohnbau eingelegt werden, zu einem Zinsfuß von höchstens 3 v. H. auszugeben werden.

Gefälzte Flugblätter

Aufkantung des Gibraltar-Problems versucht.

Neue internationalen Unruheherde, die kirchlich koloniale Zersplitterung zwischen Deutschland und Belgien bzw. Portugal zu werfen versuchen, sind wieder am Werke. Es handelt sich diesmal um das redliche Bemühen, durch Aufkantung des Gibraltar-Problems einen Konflikt zwischen England und Nationalspanien hervorzuwachen. Die spanische Flotte wird, werden von marxistischer Seite heimlich mit falschen Nachrichten versehen. Diese Flugblätter verteilt, die den Besitz Gibraltar für Spanien fordern. Es wird von nationalspanischer Seite festgestellt, daß die Falschung nichts mit den Flugblättern zu tun hat.

Stojadinowitsch kommt nach Berlin

Wie verlautet, wird sich der jugoslawische Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch demnächst nach Berlin begeben und den Besuch erwidern, den Reichsaußenminister Freiherr von Neurath vor einiger Zeit der jugoslawischen Regierung in Belgrad abstattete.

Ludendorff geht es besser

Ueber das Befinden General Ludendorffs wurde am Dienstagabend folgender Bericht ausgeben: In den letzten Tagen ist eine erfreuliche Besserung in dem Krankheitszustand des Generals Ludendorff zu verzeichnen.

Wege im Nebel

Roman von Käthe Meizner

Copyright 1936 by Aufwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 68

Gerhard Brand aber hatte an seinem Tisch den Kopf auf die Arme gelegt und meinte wie ein kleines Kind. Daß sein Arm versteinert die Gabel des Apparates herabgedrückt hatte, bemerkte er im Augenblick gar nicht. Er schreckte erst auf, als das Fernamt sich meldete:
„Sind Sie fertig mit Hamburg?“
„Nein!“ schrie er. „Nein!“
Aber das Amt war schon nicht mehr zu erreichen.
Da sprang Gerhard Brand auf, lief im Schlafanzug, so wie er war, zur Tür. Drückte auf die Klingel, wußte selber fast nicht, wie oft und wie lange.
Erdbeben kamen gleich zwei Hausmädchen auf einmal.
„Schiden Sie mir sofort den Ober herauf! Soll den Fahrplan mitbringen, verstanden? Aber schnell!“
Eilfertig verschwanden die beiden, gaben dann dem Ober Befehl.
Der eilte nach oben, stand leuchtend in der Tür.
„Der Mittagssatz nach Oberhof! Ich meine, wann fährt gegen Mittag ein Zug nach Oberhof?“
„11 Uhr 26, Herr Doktor!“
„Gut! Schiden Sie mir also in einer Stunde jemanden herauf, der mein Gepäck abholt. Ich reise ab. Und bringen Sie mir auch meine Rechnung bitte.“
Es bedeutete eine herbe Enttäuschung für Gerhard Brand, daß, noch ehe er fertig gepackt hatte, ein Telegrammbote ihm eine Depesche von seinem Bruder Walter Brand überbrachte, in dem dieser seine Ankunft in Hamburg ankündigte. Aber so gerne er auch dem Triebe seines

Herzens gefolgt und ohne Zögern zu Janna geeilt wäre, das Zusammenstreffen mit dem Bruder, den er als einzigen in aller Stille von seiner wunderbaren Rettung und Rückkunft verständigt hatte, konnte er nicht hinausschieben.

„Mein dank, ich brauche den Gepäckträger heute noch nicht, ich fahre erst morgen!“ gab er dem bereits wartenden Hotelpagen seine Anweisung.

Am dieselbe Zeit ging Janna selber mit bekümmertem Gesicht, zwischen Zweifel und Gewissheit kämpfend, nach Hause zurück. Was hatte sie nun erreicht? Keine Verabredung, keine Zusage! Gerhard hatte abgehängt! Warum, warum nur? Ob er sie überhaupt verstanden hatte? Bieleicht wollte er gar kein Wiedersehen mehr mit ihr? Mit ihr, die doch mit einem andern versprochen, ihm auf immer verloren war! Und sie selbst? Was für ein Recht hatte sie eigentlich, mit Gerhard noch einmal zusammenzukommen? Was wollte sie von ihm? Ach, nichts weiter ja, als nur noch einmal ihn wiedersehen wollte sie! Nichts weiter! Nur noch einmal, noch einmal!

Immer wieder sagte Janna es sich vor. War denn das schon ein Unrecht? Ein Unrecht gegen Ralf, an den sie freilich gebunden war, wenn auch nicht durch Liebe, durch Verstehen...

Zu Hause angekommen, begab sich Janna sogleich in ihr Zimmer, holte die Koffer heran, die bereits zurechtgestellt waren, und begann zu packen.

Als das Mädchen nach einer Viertelstunde kam, um ihr mitzuteilen, daß Fräulein Willhoff in ihrer Abwesenheit das Haus verlassen habe, um den Morgenzug zu erreichen, nicht sie fast erleichtert. Nachdenklich las sie die wenigen Zeilen, die Olga dazu geschrieben hatte, riß den Brief dann in winzige, kleine Stücke...

Es war schon später Nachmittag, als Ralf Kammelt seine Braut zur Bahn brachte.

Dönitz fuhr.

Schweigend saßen beide nebeneinander. Nach der Auseinandersetzung vom Vorabend wollte ein Gespräch zwischen ihnen kaum noch aufkommen.

Fast wie zwei fremde Menschen nahmen sie Abschied. Tief atmete Janna auf, als der Zug sich endlich in Bewegung setzte und sie in immer schnellerer Fahrt der Stadt entführte, die ihr in den letzten Jahren immer nur Trübes und unglücklich viel Schweres gebracht hatte. Langsam beruhigten sich ihre Nerven unter der eintönigen Melodie der Räder, und traurigeren blickte sie durch die Scheiben in die dunkler und dunkler werdende Landschaft.

Mit langsamen und bedächtigen Schritten verließ in dessen Kammelt das Bahnhofsgelände.

Jannas seltsames Benehmen, ihr merkwürdiger Ausbruch am vergangenen Abend hatte ihn doch nachdenklich gestimmt. Hatte er sie wirklich vernachlässigt, ihr Grund zur Vertimmung gegeben? Gewiß, es war zwischen ihnen nicht mehr so wie am Anfang ihrer Verlobungszeit. Seine eigene Leidenschaft war abgeklüftet, Jannas klares, ruhiges Wesen befriedigte ihn nicht. Sie hatte kein Verständnis für seine Pläne, seinen Ehrgeiz, stachelte ihn nicht an! Und doch war der Gedanke einer Trennung untragbar. Wie hatte er um sie gekämpft! Sollte das alles umsonst gewesen sein?

Aber vielleicht lag der Grund zu Jannas Verhalten nur in einer Abgespanntheit, einem Versagen der Nerven! Ein Aufenthalt in Oberhof würde vieles überwinden. Vielleicht kam sie ganz anders wieder...

Ralf Kammelt's Gesicht erhellte sich unwillkürlich bei der eigenen Erklärung.

Dann blieb er stehen. Der Gedanke an seine Arbeit gewann Raum in ihm. Mit beschleunigtem Schritt ging er zum Bahnhof zurück, trat in eine Telefonzelle ein und rief in seiner Wohnung an.

Das Mädchen meldete sich.

(Fortsetzung folgt)

Treudig dem Führer dienen

Während seines Aufenthaltes in Stockholm wurden dem Reichsinnenminister Dr. Frick zahlreiche Erregungen zuteil.

Am Montagabend wurde der Minister mit seiner Gattin im Kreise der Parteimitglieder und Vertreter der deutschen Konsulate im deutschen Konsulate, um eine musikalische Feierstunde zu Gunsten des RSB, stattfand. Vandesater Sten- getz ließ den Reichsinnenminister auf herzlichste willkommen unter begeisterten Beifall sprach darauf Dr. Frick über die vom Führer vermittelte deutsche Volksgemeinschaft. Im Mittelpunkt des nationalsozialistischen Staatsgebantes stehe heute das Volk als Ganzes. Der Reichsinnere sei den Gesetzen der Majorität und Achtung vor fremdem Volkstum, die Wiederherstellung der anderen Welt vor dem deutschen Volk fordere. Der Reichsinnenminister sagte schließlich das Ergebnis der fünf Jahre des nationalsozialistischen Regimes zusammen und gedachte des Schöpfers des Dritten Reiches, der sich selbst in den Dienst des deutschen Volkes gestellt habe. Alle Deutschen in der Heimat und im Ausland dürften heute stolz sein, ihn zu dienen.

Vor seiner Abreise äußerte sich der Reichsinnere Vertreter der schwedischen Presse gegenüber in herzlichen Worten über den ihm zuteil gewordenen Empfang.

Es geht jeden an!

Das richtige Verhalten im Straßenverkehr.

Mit dem 1. Januar 1938 tritt die neue Straßenverkehrs- Ordnung in Kraft, die mit ihren zum Teil einschneidenden Änderungen das Ziel hat, rechtzeitig warnend einzugreifen und damit die vielen Verkehrsunfälle auf ein Mindestmaß einzuschränken.

Die prägnante Steigerung der Motorisierung Deutschlands seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus hat leider auch eine bedauerliche Steigerung der Verkehrsunfälle mit Tausenden von Toten jährlich und Hunderttausenden von Verletzten zur Folge gehabt, gar nicht zu reden von der Vernichtung wertvollen Materials im Werte von über Millionen Reichsmark. Eine durchgreifende Besserung war nur zu erwarten durch eine Zusammenfassung der Gesamterfahrungen der Verkehrsunfallforschung. In der Mitte des Jahres beschloß die Reichsregierung, sowohl die Erziehung als auch die Gesetzgebung in eine Hand zu vereinen. Das Ergebnis sorgfältiger Beobachtung, einer penibel geführten Statistik und eines gründlichen Studiums erhielt seinen Niederschlag in der vom Chef der Deutschen Polizei im Reichsinnenministerium, Reichsführer H. Himmler, und dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Ebel mitgetragenen Straßenverkehrs-Ordnung des Reichsinnere des Innern.

Wir werden unseren Eltern bis zum 1. Januar 1938, dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung, die wichtigsten Punkte von berufener Seite erklären lassen. Es geht jeden an, ob Fußgänger oder Kraftfahrer, ob der Benutzer eines Kraftwagens oder der Leiter eines Kraftwerkes, ob der Kraftfahrer der Führer einer Straßenbahn oder das Schulkind. Der Erfolg der neuen Verordnung hängt ausschließlich ab von einer echten Kameradschaft aller Verkehrsteilnehmer. Eine richtige Fahrweise, aber auch größte Sicherheit für Fußgänger und Fahrer kann nur durch eine nachdrückliche Besserung der Verkehrsbilanz aller erreicht werden.

Die neue Verordnung hat einen rein vorbeugenden Charakter, d. h. sie gibt der Exekutive die Möglichkeit des Eingreifens bereits vor Eintritt eines Unfalls, sie wirkt sich also präventiv aus. Dabei wird ausdrücklich festgelegt, daß die Vorschriften nicht in jedem Falle streng angewandt werden sollen. Bei Unfällen wird die Polizei beauftragt, eingreifen, die Verantwortlichen haben mit Feinheit aber um so unangenehmer wirkenden Strafen zu rechnen. Die Rücksichtlosen dagegen trifft unmissverständlich die härteste Strafe.

Der große Vorteil der neuen Verordnung liegt zunächst darin, daß für ganz Deutschland eine einheitliche Rechtslage geschaffen worden ist. So fallen z. B. alle britischen Bestimmungen über Verkehrsbeschränkungen ab 1. Januar kommenden Jahres fort. Das allgemeine Vorkommnis behandelt die Grundregeln für das Verhalten im Straßenverkehr und stellt dabei fest, daß jeder Teilnehmer am öffentlichen Straßenverkehr — das Weichen, „Jeden“ kann nicht stark genug betont werden — sich so zu verhalten hat, daß der Verkehr nicht gefährdet wird; jeder einzelne muß sich auf der Straße so verhalten, daß kein anderer eine Schädigung erleidet oder der Gefahr ausgesetzt wird. Besondere Beachtung verdient auch die polizeiliche Befehlsmacht, die jeder nach den Umständen unvermeidbar, gebietet werden darf. Wie sich der Verkehrsteilnehmer im Sinne dieser Grundregel auf der Straße richtig zu verhalten hat, werden wir dem Leser im nächsten Artikel im einzelnen auseinandersetzen.

Ein verkandener Appell

Drei Millionen Flugblätter für den Berufswettkampf.

Die Anmeldekarten zum Reichsberufswettkampf laufen in großer Zahl ein. Wenn auch über die Gesamtzahl der Anmeldungen erst nach Abschluß der Vorarbeiten berichtet werden kann, so vermittelt die von den einzelnen Reichsberufswettgemeinschaften bei der Führungsstelle des Reichsberufswettkampfes angeforderten Flugblätter einen ersten Überblick über die Teilnahmebereitschaft. So benützte die Reichsberufswettgemeinschaft „Achtung und Ehre“ fast 300 000 Anmeldekarten, die Reichsberufswettgemeinschaft „Fertig“ fast 220 000, die Reichsberufswettgemeinschaft „Befleißung“ fast 320 000 Anmeldekarten. Den weitaus größten Bedarf hatten bisher die Reichsberufswettgemeinschaft „Eisen und Metall“ und die Reichsberufswettgemeinschaft „Handel“ mit je 650 000 Anmeldekarten.

Insgesamt sind bisher über drei Millionen Flugblätter verteilt worden. Allein aus den Zahlen der verteilten Flugblätter, die jeweils nach gemeindetem Bedarf an die Organisationsstellen weitergegeben werden, läßt sich erkennen, daß die Vorbereitung des Reichsberufswettkampfes ihre ersten Erfolge machen kann. Dabei ist der Zeitpunkt der Bestandsaufnahme von entscheidender Bedeutung, da von ihm bis zum Abschluß der Vorbereitungen noch ein erheblicher Zeitraum liegt.

Ständig „Tag der Wehrmacht“

Anordnung des Reichsriegsministers.

Die Veranstaltungen Berliner Truppenelite zugunsten des Winterkriegswertes am letzten Sonntag haben besonders Anlauf bei der Bevölkerung gefunden. Der Ertrag für das Winterkriegswort war über Erwartung groß.

Der Reichsriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht hat deshalb verfügt, daß in Zukunft im ganzen Reich der „Tag der Wehrmacht“ für das Winterkriegswort des deutschen Volkes“ am Sonntag nach dem „Tag der nationalen Solidarität“ durchgeführt wird.

England gegen Blockaderecht

Mitteilung an Spaniens Nationalregierung.

In London ist eine Verbalnote der spanischen Nationalregierung eingegangen, in der diese ihre Absicht mitteilt, eine Blockade der südspanischen Küste zu verhängen, soweit diese sich im Besitz der Sowjetunion befindet.

Wie verlautet, hat die britische Regierung daraufhin ihren Botschafter in Seville, Sir Henry Cotton, au-

gehalten, der nationalsozialistischen Regierung mitzuteilen, daß sie ein Blockaderecht General Franco nicht anerkenne, da er keinerlei Kriegführenden-Rechte besitzt.

Britische Schiffe würden daher außerhalb der Territorialgewässer gegen jeden Einmarsch geschützt werden. Wenn General Franco beabsichtigt, Minen vor den Häfen auslegen zu lassen, so müßte die britische Regierung darauf bestehen, daß gemäß der 8. Haager Konvention das Auslegen von Minen vor der Küste des Gegners zum ausschließlichen Zweck der Behinderung der Handelschiffahrt untersagt sei. Die britische Regierung werde daher jede Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung der Haager Konvention als einen Bruch internationalen Rechts ansehen. Dies gelte auch für den Fall, daß General Franco Kriegführenden-Rechte noch gewährt werden sollten.

Wie verlautet, ist inzwischen eine weitere Verbalnote General Francos in Seville eingegangen, in der er darauf hinweist, daß die spanischen Volkswirtschaften durch die Orangenverläufe in den Stand gesetzt würden, sich Geldmittel für den Anlauf von Kriegsmaterial zu beschaffen. Dieser Handel werde daher von General Franco als Verbrechen und ungesetzlich angesehen. Der Wortlaut dieser Note ist jedoch in London noch nicht eingetroffen.

Sowjetrußlands Wirtschaftskatastrophe

Weiteres Sinken der Produktion um fast 15 v. H.

Der vor kurzem veröffentlichte „Volkswirtschaftsplan“ für das Jahr 1938 bringt neue bedeutende Aufschlüsse über den Stand der sowjetrussischen Wirtschaft, die um so einschlägiger sind, als es sich durchweg um sowjetamtliches statistisches Material handelt.

Dem neuen Plan zufolge wird der Wert der gesamten industriellen Produktion der Sowjetunion für das Jahr 1938 auf 84,3 Milliarden Rubel veranschlagt, was gegenüber 1937 eine Zunahme von 15,3 v. H. darstellt. Diesem läßt sich ohne weiteres entnehmen, daß die Produktion für 1937 auf 73,1 Milliarden Rubel anzusetzen ist, was einerseits gegenüber dem für 1937 aufgestellten Plan einen Rückgang von nicht weniger als 30 Milliarde Rubel ergibt, andererseits im Vergleich zu der — mit 85,5 Milliarden Rubel bewerteten — Produktion des Jahres 1936 einen Rückgang um 14,8 v. H. ausmacht. Das katastrophale Sinken der Produktionsziffern führt sogar so weit, daß der natürlich optimal angesehene Voraussicht für 1938 noch nicht einmal dem Wert der Produktion von 1936 gleichkommt.

Im einzelnen soll der nach dem „Volkswirtschaftsplan“ für 1938 erhoffte Ausblick in erster Linie wiederum der Schwer- und Kriegsinstrumente zuzute kommen, während für die Gebrauchsgüterproduktion nur eine ganz geringe Steigerung vorgeesehen ist, somit also die Warenknappheit für das nächste Wirtschaftsjahr unvermindert bleibt und die dem Volke seit Jahren versprochene Preisentzug um „mehrere Dutzend Prozent“ sich in Dumm und Reibel auflöst. Ferner ist bezeichnend, daß — dem Plan zufolge — nur durch erneute Milliarden-Investitionen und durch eine weitere gesteigerte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte durch das sogenannte Stachanow-System die für das Jahr 1938 vorgegebenen Ziffern erreicht werden können.

In der Sowjetpresse wird mit geradezu unübersehbarer Demagogie der Plan als ein Dokument bezeichnet, „das absolut einleuchtend vor der ganzen Welt die Verzerrung des Wirtschaftssystems demonstriert, das keine Kriegen und keine wirtschaftlichen Erschütterungen kennt“. In Wirklichkeit liefern die auf Grund der Angaben des Planes zu ermittelnden Ziffern den Schlüssel für die Schädigungen und Sabotage der Sowjetwirtschaft. Die Wirtschaftskatastrophe, die durch die Wirtschaftskatastrophe herbeigeführt wird, ist natürlich auch bei dem engen Zusammenhang zwischen Staats- und Wirtschaftsapparat in der Sowjetunion der politische Terror und die Lawine der Verhaftungen als Ursache für die neue Wirtschaftskatastrophe gelten.

Allerender Frost im Osten

Die deutschen Gebirge im Winterleid

Der Winter hat nun mit aller Macht seinen Einzug im Osten des Reiches und in den deutschen Gebirgen gehalten. Dörrfrost hatte in der Nacht auf Dienstag Frost, der in Königsberg 11 und in der Provinz bis zu 15 Grad erreichte. Viel kälter ist es noch in den baltischen Staaten und in Polen, wo, so im Wintergebiet, Temperaturen von minus 18 bis 20 Grad erreicht wurden.

Die Eisbildung auf den ostpreussischen Gewässern ist so weit vorgeschritten, daß die Winterfahrzeit eingeleitet werden mußte. Auf der Memel herrscht bei starker Eisganga. Die Memel und die Kanäle sind zugefroren. Der Eisgürtel auf dem Kurischen Haff wird immer fester, so daß die Fischeri nur noch in ganz geringer Maße ausgeübt werden kann. In den baltischen Staaten ist in den letzten Tagen so viel Schnee gefallen, daß es namentlich in Lettland und Estland zu festen Schneeverwehungen kam, die den Zugverkehr sehr erschweren.

In den Alpen, im Schwarzwald, und in den deutschen Mittelgebirgen liegt überall Schnee, so daß der Winterport in Gang kommen kann. Im Alpenvorland herrscht starkes Schneerreiben, und der gesamte Schwarzwald hat eine geschlossene Schneedecke aufzuweisen. Im Hochzug liegt auf dem Wodden der Schnee 50 Zentimeter hoch, während dem Rammelsrieder des Erzgebirges 15 bis 30 Zentimeter unter dem Fichtelberg 60 Zentimeter Schneehöhe gemeldet wurden. In den Höhenlagen des Thüringer Waldes beträgt die Schneehöhe 30 bis 35 Zentimeter. Der Verkehr auf den Bergstraßen über 600 Meter Höhe ist bereits erschwert.

Fischer aus Eisnot geborgen

Der deutsche Dampfer „Lena Veterion“ rettete in der Ägäer Bucht drei lettische Fischer vor dem sicheren Tode. Die Fischer waren auf See hinausgefahren, um ihre Netze zu bergen. Infolge der Kälte und des Nordwestwindes wurden die Fischerboote bald von einer immer höher werdenden Eisdecke bedeckt, so daß sie zu sinken drohten. Der Motor verlegte und auch das Rudern war unmöglich, da die Dollen vereist waren. Das Boot mit den vom Frost erstarrten Fischern wurde so zu einem Eisfisch im Meer. Inzwischen wurden die Fischer vom Dampfer „Lena Veterion“ geborgen. In dem dem deutschen Dampfer „Lena Veterion“ bemerkt, der nicht nur die drei Männer rettete, sondern auch das Boot ins Schleppl nahm.

Wirtschaftsplanung

10 Reichstörner für Arbeitsbeschaffung
RM. 1.600 000 Gewinne und Prämien



Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über wichtige Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Esisleth, den 9. Dezember 1937

Tagessieger

©-Ausgang: 8 Uhr 30 Min. ©-Antrag: 4 Uhr 08 Min

Schwasser:

6.05 Uhr Vorm. — 6.35 Uhr Nachm.

10. Dezember: 6.45 Uhr Vorm. — 7.20 Uhr Nachm.

* Der älteste Einwohner Esisleths zur großen Arme abberufen. Am 8. Dezember, an seinem 93. Geburtstag, verschied der Eisenbahnvorarbeiter i. R. Friedrich Hauschild. Er wurde zu Gershausen (Hannover) am 8. Dezember 1844 geboren. Bereits seit 1. März 1866 war er tätig beim Bahnbau Oldenburg—Bremen, dann 1868/69 Oldenburg—Leer. 1870 kam er nach Hude zum Bau der Strecke nach Esisleth (1. Januar 1873 eröffnet). 1875 siedelte er mit seiner Familie nach Hude über und seit 1. Februar 1878 wohnte er ununterbrochen in Esisleth. Der Verstorbenen war der letzte Veteran von 1870/71 der Kriegerkameradschaft Esisleth. Immer noch bis ins hohe Alter tätig und geistig reg, ist er jetzt nach kurzem Krankenliege verstorben.

* Von der siebten Reife feierten die Dampfloker „Fulth“ mit 451 Kanjens und „Fint“ mit 465 Kanjens Heringen zurück.

* Kaufmannsgehilfenprüfung bei der Industrie- und Handelskammer Oldenburg Oster 1938. Die nächsten Kaufmannsgehilfenprüfungen der Industrie- und Handelskammer Oldenburg finden zum Ostertermin in den Monaten Januar bis März 1938 statt. Zur Prüfung werden Jugendliche zugelassen, die bis zum 30. Juni 1938 eine ordnungsmäßige kaufmännische Lehre durchgemacht haben. In Ausnahmefällen kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auch solche Personen zur Prüfung zulassen, die den Nachweis erbringen, daß sie sich die erforderlichen Fach- und Berufskenntnisse auf eine andere als die übliche Weise erworben haben. — Von der Prüfung kann derjenige zurückgewiesen werden, bei dem sich herausstellt, daß er keine genügende oder eine völlig einseitige Ausbildung genossen hat und von dem mit Sicherheit anzunehmen ist, daß er den Anforderungen der Prüfung nicht entsprechen wird. — Die Meldung zur Kaufmannsgehilfenprüfung hat bis zum 1. Januar 1938 auf besonderem Anmeldeformular bei der Industrie- und Handelskammer Oldenburg, Molekstraße 4, zu erfolgen. Alles nähere ist durch das Büro der Kammer zu erfahren.

* Wir stehen in den Wochen vor Weihnachten und denken wiederum an den Gabentag. Der Weihnachtssabend löst doch der Abend der Freude sein, der alle Familienmitglieder unter dem schimmernden Baum verammelt. Er ist aber auch ein Abend der Besinnung. Jede Familie ist nur ein Teil der großen Familie des deutschen Volkes. Haben wir während des Jahres nicht nur an unsere kleine Familie, sondern auch an die große gedacht? Sind wir auch im Sinne der Volksgemeinschaft treue Gefolgschaft gewesen? Ist eine Pflicht veräußert und noch zu erfüllen? Sind alle im Reiche gezeugen wie wir? Können wir noch einen Eintrag bringen? Jawohl, man erwartet ihn von jedem Deutschen. Wohl ist nun für sehr viele Arbeit und Brot beschafft, doch beides muß auch erhalten bleiben. Da müssen wir alle helfen. Der Weihnachtsgeldbrief, das Los der Reichslotterie für Arbeitsbeschaffung darf auf keinem Weihnachtstisch fehlen!

* Das erste NSB-Haus im Gau. Im emsländischen Ort Schöninghsdorf im Kreis Weppen entsteht das erste NSB-Haus des Gaues Weser-Ems. Es wird in Klinkern nach niederdeutscher Bauart aufgeführt und soll in den unteren Räumen 100 Kinder beherbergen können. Zu diesem Zweck sind ein großer Aufenthaltsraum sowie zwei Gruppenräume vorgesehen. Das Obergeschoß enthält Räume, in denen die Kinder ihre Schularbeiten erledigen, sowie Vahelarbeiten anfertigen können. Der Hilstelle „Mutter und Kind“ sollen in dem neuen Heim gleichfalls einige Räume zur Verfügung gestellt werden. Der Bau, der mit allen modernen hygienischen Einrichtungen versehen wird, wird auf einem Grundstück errichtet, das in einer Größe 14,52 Ar von der Gemeinde Schöninghsdorf zur Verfügung gestellt wurde. Eine gleich große Fläche wurde käuflich erworben. In feierlicher Weise erfolgte in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Partei und des Staates die Grundsteinlegung und die Einmauerung der Urkunde. Gauamtsleiter Denker ging auf die Erfolge der in der

gesamten Welt einzig dastehenden Leistungsgemeinschaft der Nationalsozialistischen Volkswirtschaft ein und nahm dann die feierliche Grundsteinlegung des ersten NSV-Hauses des Hauses Wefer-Ems vor, indem er die drei traditionellen Hammerschläge ausführte mit dem Beisatz: „Der Glaube hat Deutschland groß gemacht und mit diesem Glauben lege ich den Grundstein.“

* **Eine Mahnung an die Reisenden!** Leider bringen die Reisenden den Bemühungen der Reichsbahn, den Fahrplan pünktlich und sicher durchzuführen, nicht immer das notwendige Verständnis entgegen. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen die Reisenden beim Ein- und Aussteigen die gebotene Eile außer Acht lassen. Vielfach werden die Türen der Wagen und die Gänge in den D-Zügen nicht rechtzeitig frei gemacht, so daß beim Ein- und Aussteigen die an und für sich knappen Luftentlastungen auf den Unterwegsbahnhöfen überschritten werden. Die Folgen sind Verspätungen der Weiszüge. Durch Bezeichnen der Stellen, wo die Kurswagen und die verbleibenden Wagenklassen im Zuge stehen, sorgt die Reichsbahn für schnelle Orientierung, auch gibt das Personal am Zuge die nötigen Hinweise. Oft werden Reisende in einer höheren Wagenklasse angetroffen, zu deren Benutzung sie ihr Fahrchein nicht berechtigt. Das darf nicht eigenmächtig geschehen, sondern ist erst nach Lösung einer Uebergangskarte gestattet. Weiter muß man immer wieder beobachten, daß viel zu viel Handgepäck in die Wagen mitgenommen wird, wodurch schon allein große Verzögerungen beim Ein- und Aussteigen eintreten. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Reisenden zur Unterbringung seines Handgepäcks nur der Raum über und unter seinem Sitzplatz zur Verfügung steht. Erfordert das Handgepäck mehr Platz, so gehört es in den Postwagen. Dort wird es schonend behandelt und trifft mit dem Reisenden am Zielbahnhof ein. Die Gepäckfracht ist vor einiger Zeit mellenlich ermäßigt worden. Ueberdies reißt es sich mit kleinem Gepäck viel angenehmer. Ferner bittet die Reichsbahn, auch im Hinblick auf den zu erwartenden starken Reiseverkehr zu Weihnachten, die Fahrausweise und die erforderlichen Zuschlagskarten möglichst frühzeitig und möglichst für die ganze Reisezeit vor Eintritt der Reise zu lösen. Der Verkauf von Fahrkarten in den Zügen muß auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Es ist nicht erwünscht, wenn die Schaffner in den Zügen durch den Verkauf von Fahrkarten über Gebühr belastet und damit u. a. auch der ihnen obliegenden Betreuung hilfsbedürftiger und reisunkundiger Personen entzogen werden. Die Reichsbahn bittet die Reisenden, ihr Bestreben, ein sicheres, pünktliches und bequemes Reisen zu gewährleisten, nach Kräften zu unterstützen.

AWA. Amerikas Aufrüstung. Ein amerikanisches Fachblatt bringt interessante Einzelheiten über den Finanzaufwand, den die amerikanische Union in den letzten Jahren für die Aufrüstung gemacht hat. Die gesamten amerikanischen Rüstungsausgaben haben sich in den letzten fünf Jahren stark vermehrt, nämlich von 243 auf 393 Millionen Dollar. Da in dieser Zeit der Wert des Dollars ziemlich unverändert geblieben ist, braucht an diesen Zahlen keine Korrektur vorgenommen zu werden. Während sich also der Rüstungsaufwand des großen überseeischen Landes innerhalb von fünf Jahren um etwa 60 Proz. erhöhte, hat derjenige Teil, der für die Luftwaffe bestimmt ist, eine viel stärkere Zunahme erfahren, nämlich um ziemlich genau 90 Prozent. Wenn man früher Urteile über den Rüstungsbedarf der einzelnen Länder abgab, hieß es stets, daß Amerika wegen seiner großen Entfernung von europäischen und asiatischen Ländern auf eine große Luftwaffe für Verteidigungszwecke verzichten könne. Wenn trotzdem die Luftwaffe der Vereinigten Staaten eine größere Vermehrung erfahren hat als die anderen Wehrmachtsteile, so läßt sich das nicht allein mit dem amerikanischen Verteidigungsbedürfnis erklären. Von den größeren mittel- und südamerikanischen Ländern kommt keines als Angreifer für die amerikanische Union in Frage. Die Vermehrung der amerikanischen Luftwaffe kann also in der Hauptsache nur den Zweck verfolgen, die Union einem auswärtigen Staate als Helferin und Verbündete wertvoller zu machen. Uebrigens entspricht die Personalausstattung der amerikanischen Luftwaffe durchaus der Vermehrung des Flugzeugparks. Wie in der erwähnten Fachzeitschrift hervorgehoben wird, ist das Personal der Luftflotte Amerikas in der Zeit von 1933/34 bis 1937/38 von kaum 16 000 auf nahezu 20 000 Offiziere und Mannschaften vermehrt worden. Diese Zahlen sind veröffentlicht worden, um die Fälligkeit der amerikanischen Luftwaffe vor den gegen sie in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfen zu verteidigen, sie vernachlässigte die Luftwaffe des Landes zum Schaden der Vaterlandsverteidigung. Wahrscheinlich ist die Luftflottenvermehrung — die Marine-Luftwaffe ist dabei gar nicht einmal einbezogen — damit noch nicht beendet.

* **Lemwerder.** Ein gewisser Christian Köhler, zuletzt aus dem Krankenhaus in Hannover entlassen, wurde hier auf einer Wiese tot aufgefunden. Es handelt sich um einen älteren Mann, der bettelnd herumzog. Nach den bisherigen Ermittlungen ist er am Abend vorher in einen Graben geraten, aus dem er jedoch wieder herauskam. Ein im Schlamm stekender gebliebener Schuh wurde dann auch entdeckt. Scheinbar ist er dann an Entkräftung oder aber an einem Herzschlag zusammengebrochen. Am Abend vor dem Unfall befand sich K. noch in Hasenbüren. Von dort wurde er nach Bremen zum Wyl verwiesen, wo er jedoch nicht angekommen ist. Wahrscheinlich hat er sich von dort nach Steidingen aufgemacht und ist in der Dunkelheit vom Wege abgekommen.

* **Oldenburg.** Am 28. Februar d. J. ereignete sich in der Donnerstraße eine tödliche Verkehrsunfall. Eine 72jährige Frau kam hinter einem haltenden Wagen plötzlich vor und lief geradezu in ein des Weges kommendes Auto hinein. Sie wurde zu Boden gestoßen. Obwohl sie sofort in die Krankenanstalt gebracht wurde, konnte ihr Leben nicht mehr gerettet werden. Der Fahrer des Unglückswagens hatte sich jetzt wegen fahrlässiger Tötung vor der großen Strafkammer zu verantworten. Das Gericht kam entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu

Des Weihnachtsfestes wegen findet die

Dezember-Pfundsammlung

schon in dieser Woche statt. Die Tüten wurden bereits am Dienstag von den Blockfrauen der NS-Frauenvereine ausgetragen und werden am **heutigen Donnerstag** gefüllt wieder abgeholt. Außerdem bittet der Ortsgruppenleiter unsere Hausfrauen, den Kleinen im NSV-Kindergarten eine Kleinigkeit dieser Pfundspende beizulegen.

einem Freispruch, da bei der klaren Sachlage des Falles ein Verschulden des Angeklagten nicht erwiesen werden konnte.

* **Heidtrag.** Montag ereignete sich in Heidtrag auf der Reichstraße Bremen-Delmenhorst ein schwerer Verkehrsunfall, wobei ein Mann getötet wurde. Der Fahrer eines kleinen Opel-Personenwagens befand sich mit einer Passantin auf der Fahrt von Bremen in Richtung Delmenhorst. Vor der Biegung der Straße bei dem Bauern Budmann kam der Wagen von der Straße ab und fuhr mit voller Wucht gegen einen Strauchbaum. Hierbei wurde der Fahrer des Wagens getötet, während die Mitfahrerin schwer verletzt wurde, die sofort Aufnahme im Krankenhaus fand. Nach dem Befund des Sachometers scheint der Wagen eine sehr große Geschwindigkeit gehabt zu haben. Die Ermittlungen der Polizei über die Ursache dieses schrecklichen Unglücks sind noch nicht abgeschlossen. Der getötete Fahrer des Wagens stammt aus Bremen.

* **Wilbeshausen.** Das ansehnliche Alter von 235 Jahren weist das an der sog. „Herlichkeit“ gegenüber der Alexanderkirche stehende evangelische Pfarrhaus in diesem Jahre auf. Das Gebäude wurde nämlich im Jahre 1702 erbaut und bezogen. Es hat schon manche Stürme der Geschichte, aber auch frohe Tage gesehen, letztere immer dann, wenn vor seiner Front die alte Schützengilde zur jährlichen Pfingsten die „große Parade“ abhielt. Zur Franzosenzeit soll das Gebäude Wohnsitz höherer französischer Militär- und Verwaltungsbeamter gewesen sein.

* **Wefermünde.** Ein dreifacher Raubüberfall ereignete sich auf der Wurfstraße in Wefermünde-Lehe. Als

der Kaufmann R. Hennig abends in der Dunkelheit auf seinem Fahrrad in Richtung Speckenbüttel fuhr, wurde er in der Nähe des Flugplatzes von einem Mann überfallen. Der Täter riß Hennig hinterläßt vom Fahrrad, verletzte H. mehrere Schläge auf den Kopf und raubte 100 RM. Da niemand in der Nähe war, konnte der Täter unerkannt entkommen. Die Verletzungen des Überfallenen stellen sich glücklicherweise als nicht sehr schwer heraus.

* **Sande.** An einer auf den Ländereien des Grafen von Wedel, Schloß Gdöns, abgetheilten Freizeigebiet beteiligten sich acht Jäger und eine Jägerin. Erlegt wurden während der zweitägigen Jagd insgesamt 310 Hasen. Die Jägerin konnte an einem Tage 16 Hasen strecken. Ein Teil der Jagdbeute wird, wie in den Vorjahren, wieder dem WGW zur Verfügung gestellt.

* **Ellenferdam.** Dem Kontrollbeamten des Postamtes Arel gelang es, in Ellenferdam einen Schwarzfahrer festzustellen. Dieser hatte seinen Anschlag schon am 1. August abgemeldet. Trotzdem hörte er unentwegt weiter. Er wird nun nicht allein die Gebühren nachzahlen müssen, sondern aller Wahrscheinlichkeit noch mit geringlichem Nachspiel rechnen müssen, da das Schwarzfahren mit Geld- oder Gefängnisstrafe geahndet wird.

* **Bederlefe.** In eine lebensgefährliche Lage geriet ein junger Elektriker, der auf einem Nachbarort in einem Kuhstall eine elektrische Leitung legen wollte. Um in dem dunklen Stalle bei der Arbeit sehen zu können, benutzte er eine elektrische Handlampe. Plötzlich verlöschte das Licht. Der Elektriker fiel vom Balken herab und bemerkte zu seinem größten Entsetzen, daß der im Stalle stehende Ochse den Zuführungsdraht angeknabbert hatte und sich mit dem Draht im Maul auf der Erde wälzte. Er sprang hinaus, wollte dem Ochsen den Draht entreißen, verlor dabei beim Zugreifen aber einen heftigen elektrischen Schlag und kam selber vom Draht nicht mehr los. Mensch und Tier wälzten sich nun vor Schmerzen am Boden. Auf das Schreien des jungen Mannes eilten die Hausbewohner herbei, glaubten aber, der Ochse habe ihn gefressen. Durch unaufhörliches Wälzen gelang es dem Elektriker schließlich, vom Draht wieder frei zu kommen. Jetzt erst wurde man sich klar, was geschehen war und schaltete den Strom aus. Druck und Verlag: V. Jirt, Elsfleth, Hauptverteilung: Hans Jirt, Elsfleth, Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hans Jirt, Elsfleth. D. XI 37: 493 Zur Zeit ist Preisliste Nr 4 gültig.



Schnell muss die Ware umgesetzt werden

Dem: Doppelter Umsatz — doppelter Gewinn! Unaufhörlich werden Waren erzeugt, verkauft und verbraucht. Um einen schnellen Waren-Umsatz zu erzielen, benutzt der Kaufmann das Werbemittel, das den Käufern schnell und regelmäßig den notwendigen Überblick über die stets wechselnden Warenangebote gibt: die Zeitungsanzeige! Es gibt heute für den Kaufmann keine schnellere und billigere Möglichkeit als Zeitungsanzeigen, um eine Vielzahl von Käufern und Kaufwilligen über seine Angebote zu unterrichten. Umfassende Verkaufserfolge werden vorbereitet durch Anzeigen in

den Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Deutsche Arbeitsfront NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“
Kreis Wefermarsch

Wir fahren vom

- 26. Dezember 1937 bis 2. Januar 1938 in den Harz.
- 11. Februar 1938 bis 24. Februar 1938 nach Oberbayern-Ruhpolding.
- 11. Februar 1938 bis 24. Februar 1938 nach Oberbayern-Schliersee/Umgebung.
- 12. Februar 1938 bis 20. Februar 1938 in den Harz-Bernigerode.
- 12. Februar 1938 bis 20. Februar 1938 ins Sauerland-Winterberg/Umgebung.
- 19. Februar 1938 bis 5. März 1938 nach Berlin.

Um Anmeldung wird gebeten.

Drucksachen liefert **Buchdruckerei L. Zirk**

Geldtafeln mit Inhalt gefunden **Wöhrling, Steinstraße 9**

Elsfleth, den 8. Dezember 1937

Heute nacht entschließ sankt nach einem gesegneten Leben an seinem 93. Geburtstag unser lieber Vater, Schwieger, Groß- und Urgroßvater

Friedrich Hauenschild

Die trauernden Kinder

Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Elsfleth, um 2 1/4 Uhr Andacht im Trauerhause. Von Beileidsbesuchen bitte abzusehen.

Statt Karten

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgehen unseres lieben Entschlafenen danken

Elisabeth Ruchel geb. Guse, Bremen
Frig Ruchel, Elsfleth